



Gesine Meißner Für Niedersachsen, Hamburg und Bremen in Europa

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit einer kontroversen Debatte über die Krise in der Eurozone stieg das Plenum des Europaparlaments in die zweite Jahreshälfte ein. Daneben berichte ich wie immer über weniger laut diskutierte, aber ebenso wichtige Beschlüsse dieser Plenarwoche.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Europäische Kontrolle an den Außengrenzen der EU

Ab Ende 2011 werden europäische Grenzkontrollteams zusammen mit den nationalen Grenzpolizeien die äußeren Grenzen der EU kontrollieren. Das hat das Europaparlament diese Woche in einer Plenarabstimmung über das Frontex-Mandat entschieden. Darüber hinaus wird neu ein Sonderinspekteur eingesetzt, der darüber wachen soll, dass die EU-Grundrechte bei Einsätzen der Grenzschutzagentur - auch bei Rückführungen von Flüchtlingen - gewahrt bleiben. Ihm wird ein Konsultationsforum für Grundrechtsfragen zur Seite gestellt. In der Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei den Grenzkontrollen kann so gewährleistet werden, dass an allen EU-Außengrenzen europäische Standards einheitlich umgesetzt werden. Werden Grundrechte verletzt, kann die Frontex-Mission in dem entsprechenden Land abgebrochen werden. Nach den neuen Regelungen wird Frontex eigene Ausrüstung, wie Autos und Helikopter, erwerben oder leasen können. Bisher war die Agentur bezüglich ihrer Ausrüstung auf Zuweisungen der Mitgliedstaaten angewiesen.

Mehr Transparenz bei Energiepreisen

Das europäische Parlament hat für eine neue Verordnung gestimmt, die Missbrauch im Energiegroßhandel vorbeugen und damit den Endkunden schützen soll. Die Regelungen betreffen insbesondere Liefer- und Transportverträge von Erdgas und Elektrizität und deren Derivate. Darin werden Gebrauch von Insider-Informationen, Absprachen hinter den Kulissen und Versuche, den Markt zu manipulieren, verboten, um eine transparente Preisbildung zu garantieren. Verbraucher sollen so vor zu hohen Energiepreisen geschützt werden. Verstößen Energiegroßhändler gegen diese Verbote, soll das nationale Recht der Mitgliedsstaaten Sanktionen vorsehen, die dem tatsächlichen Schaden, der beim Endkunden entstanden ist, Rechnung tragen. Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) wird EU-weit alle Geschäfte überwachen und den Mitgliedstaaten die nötigen Daten bereitstellen, um die Einhaltung der Wettbewerbsregeln zu überwachen. Zusätzlich hat das Europaparlament beantragt, dass alle Energiegroßhändler in der EU in einem EU-Register eingetragen werden, das auf nationalen Registern beruht. Kein Marktteilnehmer wird künftig ein Geschäft eingehen können, solange er nicht registriert wurde.

Debatte über die Krise in der Eurozone

In einer Generaldebatte hat das Parlament mit Vertretern von Kommission und Rat über die andauernde Krise in der Eurozone diskutiert. Dabei kamen sowohl unmittelbare Interventionsmöglichkeiten wie die Erweiterung des EU-Rettungsmechanismus als auch langfristige Lösungen zur Wahrung der Stabilität in der Eurozone - etwa Eurobonds und Economic Governance - zur Sprache. Fast einstimmig war der Ruf für mehr Regulierung auf europäischer Ebene. EU-Kommissionspräsident Barroso und Währungskommissar Rehn bekamen für ihre Kritik am bremsenden Verhalten der Mitgliedsstaaten Unterstützung vor allem von den linken und grünen Fraktionen. Barroso kündigte ein Grünbuch zu Euroanleihen an, das er demnächst dem Parlament vorstellen möchte. Es soll zwei Optionen zur Einführung von Eurobonds aufzeigen: eine mit der Notwendigkeit, die EU-Verträge zu ändern, eine ohne Vertragsänderung. Zu diesem Thema steht die liberale Fraktion im Europaparlament gespalten, wobei die FDP Eurobonds als Krisenreaktionsmittel gemeinsam mit den dänischen, niederländischen, rumänischen und anderen Liberalen ablehnt. Barrosos Aufruf an Parlament und Mitgliedsstaaten, endlich den Stabilitätspakt zu reformieren, wurde unterdessen schneller gehört als er wahrscheinlich gedacht hatte. Noch am selben Abend einigten sich Parlament und Rat auf das Reformpaket. Danach werden zukünftig automatisch Sanktionen gegen einen Mitgliedsstaat eingeleitet, wenn er gegen die Stabilitätskriterien verstößt - außer, der Rat stimmt ausdrücklich dagegen. Dieser quasi-automatische Mechanismus soll in allen Bereichen des Stabilitätspakts greifen - ein großer Verhandlungserfolg der Liberalen.

Plenardebatte zu Libyen und Syrien

In der Debatte zu den neuesten Entwicklungen in Libyen und Syrien wurden bezüglich Libyen Maßnahmen diskutiert, wie das libysche Volk unterstützt und welcher Beitrag zum Wiederaufbau des Landes geleistet werden kann. Mit Nachdruck verlangte das Parlament schärfere Sanktionen gegen Syrien. Zwar hat die EU vor kurzem Ölimporte aus Syrien in Reaktion auf Präsident Bashar al-Assads Niederschlagung der pro-demokratischen Demonstrationen verboten. Dennoch gehen diese Sanktionen offenbar nicht weit genug. Die Krise besteht fort und droht sich in einem religiösen Bürgerkrieg zu verfestigen. Die EU ist Syriens wichtigster Handelspartner. Daher fordern auch die Liberalen im EU-Parlament, dass der Handel mit allen Geschäftspartnern, die in Verbindung mit al-Assad stehen, unterbunden wird, um ihn ganz zu isolieren.

Rede des polnischen Präsidenten vor dem Europäischen Parlament

In einer feierlichen Sitzung sprach Polens Präsident Bronislaw Komorowski zu den Europaabgeordneten in Straßburg. Polen hat derzeit den Ratsvorsitz der EU inne, der turnusmäßig alle sechs Monate wechselt. Präsident Komorowski erinnerte daran, dass die Geschichte Europas von Teilungen und Kriegen geprägt ist, aber auch von einem "unzerstörbaren Willen zur Einigung" und Frieden. Er rief in seiner Rede dazu auf, den europäischen Erfolgsweg weiter zu gehen und der gegenwärtigen Euro-Krise gemeinsam zu begegnen, da "nur ein starkes und vereintes Europa die richtige Antwort geben kann".

Verstärkter Umweltschutz bei Offshore-Bohrungen

Diesen Herbst wird die Europäische Kommission einen Gesetzentwurf für Offshore-Bohrungen nach Öl oder Gas vorlegen. Im Hinblick darauf hat das Europaparlament diese Woche eine Entschließung angenommen, in der es verschiedene Maßnahmen zur Stärkung des Umweltschutzes fordert. Zum einen soll ein Unternehmen erst die Lizenz zum Bohren erhalten, wenn es den nationalen Aufsichtsbehörden einen dem Risiko angemessenen Notfallplan

vorgelegt hat. Zum anderen muss das Unternehmen belegen, dass es über ausreichende finanzielle Reserven verfügt, um mögliche Umweltschäden, die durch seine Tätigkeit entstehen, ausgleichen zu können. In diesem Zusammenhang fordert das Parlament außerdem, dass die Regeln der Umwelthaftung ausgeweitet werden, dass das Verursacherprinzip und eine strenge Haftungsregelung auf alle in Meeresgewässern und in Hinblick auf biologische Vielfalt verursachten Schäden angewandt werden können. Auch sollten Informanten geschützt werden und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, den zuständigen Behörden Sicherheitsmängel oder -risiken unter Wahrung ihrer Anonymität und damit geschützt vor innerbetrieblichem Druck zu melden.

Bessere Unterstützung für Unternehmerinnen in KMUs und für ältere Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Nur eine von zehn Frauen in der EU leitet ein Unternehmen. Bei Männern hingegen ist es einer von vier. Um diesen Unterschied auszugleichen forderte das EU-Parlament mit einer Entschließung diese Woche mehr Anstrengungen von der Kommission, den Mitgliedsstaaten sowie von den regionalen und lokalen Behörden. Vor allem sollten Frauen besser darüber informiert werden, welche Fördermöglichkeiten es für sie gibt, wenn sie ein Unternehmen gründen. So bietet etwa das Europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument Kleinst-Darlehen von bis zu 25.000 Euro an. Hat eine Unternehmensgründerin keinen Zugang zu traditionellen Bankdienstleistungen, kann sie dieses Darlehen in Anspruch nehmen. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit sollte das wirtschaftliche Potenzial eines jeden genutzt werden.

In einer weiteren Entschließung forderte das Parlament verbesserte Maßnahmen zur Integration von älteren Frauen in den Arbeitsmarkt. Denkbar wären Programme zum lebenslangen Lernen und flexible Umschulungsprogramme speziell für Frauen über 50. Frauen sind allgemein stärker von Altersarmut bedroht als Männer, da ihre Karrieren in der Regel langsamer, kürzer und länger unterbrochen sind und sie dadurch weniger in die Rentenkassen einzahlen. Die EU hat sich in ihrer Europa-2020-Strategie das Ziel gesetzt, eine Beschäftigungsquote von 75% zu erreichen. Dies ist nur möglich, wenn es gelingt, den Anteil der Frauen auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu steigern.

Trauerstunde zum Massaker in Norwegen

Am Mittwoch hielt das Europaparlament eine Trauerstunde zum Terroranschlag in Norwegen am 22 Juli ab. Parlamentspräsident Jerzy Buzek sprach den Familien der Opfer sein Beileid aus und verurteilte den heimtückischen Anschlag als Angriff auf die Werte Europas. Er betonte, dass gerade die größtenteils jugendlichen Opfer die Zukunft Europas verkörperten. Sie waren das junge Europa der Freiheit, der Vielfalt und des Friedens; Kinder Norwegens, das jährlich den Friedensnobelpreis vergibt und in Friedenseinsätzen die Werte Europas bewahrt. Der hasserfüllte, fremdenfeindliche Angriff des Attentäters kam aus der Mitte der norwegischen Gesellschaft. Er zeigt, wie wichtig es ist, jeden in die Gesellschaft zu integrieren, um Hass nicht entstehen zu lassen. Buzek versicherte, dass Terrorismus das europäische Wertesystem niemals ändern kann. Es ist Teil unseres kulturellen Erbes, das wir ehren und bewahren.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Weißbuch zur Zukunft des Verkehrs (Schattenbericht)

Der Verkehrsausschuss diskutiert derzeit einen eigenen Bericht zum Weißbuch zur Zukunft des Verkehrs, das die EU-Kommission im Frühjahr herausgegeben hat. Der Berichtersteller spricht sich u.a. für eine klare Zielsetzung in der europäischen Verkehrspolitik aus. Es sollte regelmäßig überprüft werden, welche Fortschritte die Mitgliedsstaaten in Richtung der gesetzten Ziele gemacht haben. Hauptthemen der Diskussion sind zum Einen die Internalisierung externer Kosten des Verkehrs, d.h. Unternehmen, die aus dem Transport verdienen, sollen für die Kosten aufkommen, die durch Luft- und Bodenverschmutzung, Lärm etc. entstehen. Des Weiteren wird diskutiert, wie der Verkehr in Europa wirtschaftlich effizienter, umwelt- und sozialverträglicher und sicherer gemacht werden kann. Innereuropäisches Reisen soll durch Hochgeschwindigkeitsnetze und die Möglichkeit, Online-Tickets auch grenzüberschreitend kaufen zu können, erleichtert werden. Aus liberaler Sicht gibt es einiges zu ändern. Vorschläge habe ich bereits eingereicht. Ich werde Sie über die weitere Diskussion auf dem Laufenden halten.

Automatischer Notruf in Autos (e-call)

Werden Notdienste zu einem Verkehrsunfall gerufen, zählt jede Minute, um Leben zu retten und um die Schwere von Verletzungen zu verringern. Bei einem Unfall haben die verletzten Personen jedoch nicht immer den Reflex oder sind physisch nicht mehr in der Lage, sofort die Notrufzentrale zu verständigen. Mit den eCall-Geräten lässt sich dieses Problem überwinden, indem die Notdienste sofort alarmiert werden, auch wenn Fahrer oder Beifahrer bewusstlos sind oder aus anderen Gründen nicht anrufen können. Mit dieser Technik verkürzt sich die Zeitspanne bis zum Eintreffen der Notfalldienste in Stadtgebieten um etwa 40 % und in ländlichen Gebieten um 50 %. Sobald eCall weit genug verbreitet ist, können jedes Jahr in Europa hunderte von Leben gerettet und kann in zehntausenden von Fällen die Schwere von Verletzungen und Traumata verringert werden. Die EU-Kommissarin für digitale Medien, Neelie Kroes, stellte im Verkehrsausschuss den Plan der Kommission vor, eCall europaweit einzuführen. Ziel ist ein bis 2015 voll funktionsfähiger eCall-Dienst in der gesamten Europäischen Union (sowie in Kroatien, Island, Norwegen und der Schweiz). Angestrebt wird, dass alle neuen Modelle von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen ab 2015 mit dem lebensrettenden eCall-System ausgestattet werden. Bei einem schweren Unfall wählt eCall automatisch die Notrufnummer 112 und übermittelt Daten zum Standort des Fahrzeugs an die Notrufzentrale. Auf meine Nachfrage hin versicherte die liberale Kommissarin, dass der Datenschutz in allen Aspekten berücksichtigt wird.

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) (Schattenbericht)

Vor dem IStGH werden Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und demnächst auch Verbrechen der Aggression verhandelt. Dabei leistet der Internationale Strafgerichtshof einen entscheidenden Beitrag Kriegsgräuel auf neutralem Territorium und unter internationaler Aufsicht aufzuarbeiten. Im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten wird derzeit an einem Bericht gearbeitet, welcher sich einer weiteren Unterstützung dieser Institution durch die Europäische Union widmet. Gerade Frauen und Mütter gehören dabei als Teil der Zivilbevölkerung zu den wehrlosen Opfern von Kriegsverbrechen. Durch den zunehmenden Einsatz von sexueller Gewalt gegen Frauen und Kinder als Kriegsmittel erhöht sich die Zahl der weiblichen Opfer in kriegerischen Auseinandersetzungen weiter. Deshalb ist


es wichtig, dass der Ausschuss für die Rechte der Frauen in Form einer Stellungnahme die Aufmerksamkeit der Arbeit des ISTGH noch stärker auf diesen Aspekt zu lenken versucht, um mitzuhelfen, die Rechte der Zivilbevölkerung auch in Kriegen weiter zu stärken.

Parlamentarische Versammlung Euronest

Die Parlamentarische Versammlung Euronest setzt sich aus Mitgliedern des Europaparlaments und der Parlamente der östlichen Nachbarn der EU zusammen. Als Nachbarstaaten gelten hier die Staaten, mit denen die EU in Programmen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik zusammenarbeitet: Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und die Ukraine. Dieses Gremium, dem ich als stellvertretendes Mitglied anhöre, hielt diese Woche in Straßburg seine erste Plenarsitzung ab. Seine Konstituierung hatte sich verzögert, da Uneinigkeit darüber bestand, wie die Teilnahme Weißrusslands gestaltet werden sollte. Die versammelten Abgeordneten betonten die Bedeutung des Gremiums als Forum des Dialogs und der Zusammenarbeit auf Basis des gemeinsamen europäischen Erbes und der Grundwerte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die Arbeit an diesen Themen ist nicht nur für die östlichen Partner wichtig. Auch für die EU ist es von fundamentalem Interesse, dass in ihrer Nachbarschaft Frieden und Stabilität herrschen.

Herzliche Grüße aus Straßburg!

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Josee Neff'. The signature is written in a cursive, flowing style with a long horizontal stroke at the end.

16.09.2011